

# ASTA INFO

19.11.82

Studentenschaft der THD

## Betrifft: BAFöG

### DIE GEPLANTEN VERÄNDERUNGEN

Das Schüler-BAFöG soll radikal zusammengestrichen werden. Nur noch die Schüler, die nicht zu Hause wohnen, das sind rund 15% der bisher geförderten, werden weiterhin gefördert. Das sind etwa 10000 Gymnasiasten und Fachoberschüler (6%) und ca. 45000 Schüler an beruflichen Schulen (16%).

Im Jahre 1982 lernten 275000 nach BAFöG geförderte Schüler (60%) an berufsbildenden Schulen. Die berufliche Ausbildung dieser Schüler wird in Zukunft nicht mehr gefördert.

Der zweite Bildungsweg ist in großer Gefahr. Von den 1982 geförderten 57000 Teilnehmern werden künftig nur noch 16000 an Kollegs und Abendschulen in der Förderung verbleiben. Alle berufsbildenden Wege des zweiten Bildungsweges werden nicht mehr gefördert. Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung bleiben auf der Strecke.

Die Studentenförderung soll auf Vollkredit umgestellt werden. Das bedeutet für die geförderten Studenten am Ende des Studiums einen Schuldenberg von über 40000 DM. Der bisher übliche Grundkreditsanteil schlug dagegen nur mit etwa 9000 DM zu Buche.

### DIE AUSWIRKUNGEN

Die Streichungen des Schüler-BAFöG führen dazu, daß für viele sich die Weichen für ihr späteres Leben aufgrund der sozialen Stellung ihrer Eltern schon im Kindesalter stellen. Schon an den Schulen wird die soziale Auslese begonnen.

Finanziell bedeutet das, daß einkommensschwache Familien auf bis zu 25% des Einkommens verzichten müssen. Viele Familien bisher geförderter Schüler müssen auf Sozialhilfe zurückgreifen, mit schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen.

Der Kahlschlag im zweiten Bildungsweg spricht für sich. Die Chance zu weiterer Bildung und Qualifikation wird verbaut.

Die Umstellung des Studenten-BAFöG auf Vollkredit und die damit verbundene finanzielle Belastung wird spürbare Strukturveränderungen an den Universitäten nach sich ziehen. Der Run auf Studienplätze, die im späteren Beruf einen guten Verdienst in Aussicht stellen, wird die Studienplatzwahl verzerren.

Weitere Zulassungsbeschränkungen und Studiumsverschärfungen sind die unausweichliche Folge. Der ständig wachsende Schuldenberg zwingt die Geförderten, ihr Studium so schnell wie möglich runterzureißen, daß Qualität der Ausbildung und persönliche Entfaltung zu kurz kommen, ist vorauszusehen.

Der Anteil studierender Arbeiterkinder, der bis 1980 mühsam die 15% erreicht hatte, wird wieder drastisch sinken. Nach einer Infratest-Untersuchung, die noch unter der sozial-liberalen Koalition durchgeführt wurde, müßten bis zu 156000 Studenten bei einer Umstellung auf Vollbarlehen ihr Studium abbrechen.

### DIE BAFÖG-STREICHUNGEN SIND ERST DER ANFANG

Man darf die geplanten BAFÖG-Streichungen nicht isoliert betrachten. Sie sind erst der Anfang eines umfassenden Sozialabbaus. Auf Uni-Ebene werden, so wie es aussieht, noch weitere Verschärfungen des Studiums dazukommen, wie härtere Prüfungsbedingungen, ein zweiter Leistungsnachweis für BAFÖG-Empfänger, zusätzliche Zulassungsbeschränkungen und Studiengebühren.

Der nächste(und wahrscheinliche) Schritt ist die Privatisierung des Förderungswesens. Die Darlehensvergabe von Banken würde Schulen und Hochschulen in eine noch stärkere Abhängigkeit von Wirtschaft und Großkapital bringen.

### HINTERGRÜNDE

In der angekündigten Sozial- und Bildungspolitik manifestiert sich die Forderung nach "mehr Markt und weniger Staat" der neuen Bundesregierung.

Nachdem das auf stetiges Wirtschaftswachstum angewiesene "Modell" einer sozial gepufferten kapitalistischen Gesellschaft aufgrund ausbleibender Wachstumsraten zum Scheitern verurteilt ist, versucht die neue Regierung nun das Rad so weit wie möglich zurückzudrehen. Die Motive die dahinter stecken haben rein ordnungspolitischen Charakter. Unter dem Vorwand, soziale Ausgewogenheit trotz knapper Kasse erhalten zu wollen, wird konsequente soziale Auslese betrieben.

Die von CDU/CSU/FDP praktizierte Politik führt zur Verfestigung und Vertiefung sozialer Unterschiede. Die alte Bildungs-, Geld- und Machtelite soll wieder etabliert werden.

---

# Aufruf

KOMMT ZUR BUNDESWEITEN DEMONSTRATION GEGEN DEN BEVORSTEHENDEN  
SOZIALABBAU AM 4. DEZEMBER NACH BONN !

KARTEN FÜR BUSSE NACH BONN GIBT ES FÜR 12 DM BEI:

ASTA - GESCHÄFTSZIMMER IM ALTEN HAUPTGEBÄUDE

ASTA PAPIERLADEN

EVENTUELL BEI EUREN FACHSCHAFTEN

NÄHERE EINZELHEITEN ÜBER ABFAHRTSZEIT UND -ORT GIBT DER ASTA  
NOCH RECHTZEITIG BEKANNT

Antrag der studentischen Vertreter im Vorstand des Darmstädter Studentenwerks

Der Vorstand des Darmstädter Studentenwerks möge beschließen:

Der Vorstand des Darmstädter Studentenwerks verurteilt die von der neuen CDU/CSU/FDP- Regierung geplante Änderung des Bundes Ausbildungs Förderungs Gesetzes (BAFÖG).

Die geplanten Kürzungen verletzen in erheblichem Maße die Grundsätze sozialer Bildungspolitik. Sie widersprechen dem in Artikel 20 des Grundgesetzes genannten Gebot des Sozialstaatsprinzips, das jedem einzelnen die Ausbildung ermöglichen soll, die seinen Neigungen und Fähigkeiten entspricht.

Die Streichungen treffen gezielt die sozial Schwachen. Durch die fast völlige Einstellung der Schülerförderung werden viele Schüler an der freien Wahl ihres Ausbildungsweges gehindert. Der Besuch weiterführender Schulen wird für einen Großteil der Kinder einkommensschwacher Familien nicht mehr möglich sein.

Seine sozialpolitische Berechtigung verliert das BAFÖG auch durch die Umstellung der Studentenförderung auf Volldarlehen. Das hat eine Darlehenslast von über 40000 DM am Ende des Studiums zur Folge, eine finanzielle Belastung, die den Aufbau einer eigenen Existenz nahezu unmöglich macht.

Die starken Einschnitte in den zweiten Bildungsweg nehmen vielen die Chance zu weiterer Bildung und Qualifikation.

Die durch die BAFÖG - Änderung erzielten <sup>erzielten</sup> ~~Eisparungen~~ sind äußerst fragwürdig.

Die von der neuen Regierung angestrebte Begabtenförderung erfüllt weder sozial- noch bildungspolitische Anforderungen.

Die gesellschaftlichen, sozialen und bildungspolitischen Auswirkungen dagegen

sind erheblich. Das neue Modell verschärft die soziale Auslese im Bildungsbereich. Die Studienplatz- und Berufswahl wird starken Veränderungen unterliegen, die Arbeitslosigkeit wird zunehmen. Das neue Gesetz wird

die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede verstärken und wirkt auf eine Verfestigung der Einkommens- und Machtstrukturen hin.

Daher fordert der Vorstand des Darmstädter Studentenwerks den Deutschen Bundestag auf, diesem Gesetz nicht zuzustimmen.